

fliktlinien treten mehr in den Hintergrund.

Zweitens würde ein politischer Wettbewerb um konkrete Themen verhindern, dass sich die Politisierung Europas nur auf die großen Vertragsreformen und damit auf die Frage nach mehr oder weniger Integration konzentriert. Wenn politische Eliten europäische Sachfragen zum tatsächlichen Zeitpunkt ihrer Entscheidung öffentlich debattieren, dann verstetigt und entzerrt sich die Politisierung Europas.

Und drittens signalisiert die öffentliche Auseinandersetzung über einzelne Entscheidungen, dass der gesellschaftspolitische Kurs des Einigungsprozesses nicht in Stein gemeißelt ist. Wenn man den Bürgern zeigt, dass Europa unterschiedliche Antworten auf gesellschaftliche Herausforderungen erlaubt, dann nehmen sie vielleicht einzelne Entscheidungen, weniger aber das gesamte politische System, als unangewogen wahr.

Sicherlich sind diese Forderungen zu einem gewissen Grad idealistisch und fin-

den in wahltaktischen Anreizen oder in Konflikten rein zwischenstaatlicher Natur ihre Grenzen. Außerdem würde die aktive Einbindung der breiten Bevölkerung europäische Kompromisse verkomplizieren, den Einigungsprozess abbremsen oder in manchen Sachfragen sogar revidieren.

Der Versuch, zu den rein exekutiven Entscheidungsmustern zurückzukehren, ist dennoch keine tragbare Alternative. Wenn die umfassende politische Autorität Europas weiterhin hinter verschlossenen Türen verhandelt und nur über Sachzwänge begründet wird, dann werden große Teile der Bevölkerung den gesamten Einigungsprozess noch viel grundsätzlicher in Frage stellen. Genau deshalb müssen die politischen Eliten die Politisierung Europas jetzt als Chance ergreifen. Erst ein aktiv und offen geführter politischer Diskurs schafft die Grundlage dafür, dass die supranationale Ebene ihre wie auch immer gearteten gesellschaftspolitischen Eingriffe auf einer wirklich demokratischen Basis rechtfertigen kann. ■

Swantje Lingenberg

Eine europäische Öffentlichkeit der Bürger

Die Frage nach der Akzeptanz der Europäischen Union beginnt bei der europäischen Öffentlichkeit. Als Reaktion auf staatliche Sparmaßnahmen und Sozialkürzungen bei gleichzeitiger Investition von riesigen Summen für die Rettung der Banken ist eine wachsende Wut bei den Bürgern zu beobachten. Sie entlädt sich in Form von Protestmärschen, Massendemonstrationen und Streiks auf den Straßen Europas. Was macht die europäische Öffentlichkeit aus, und wie kann sie für die Europäische Union mobilisiert werden?

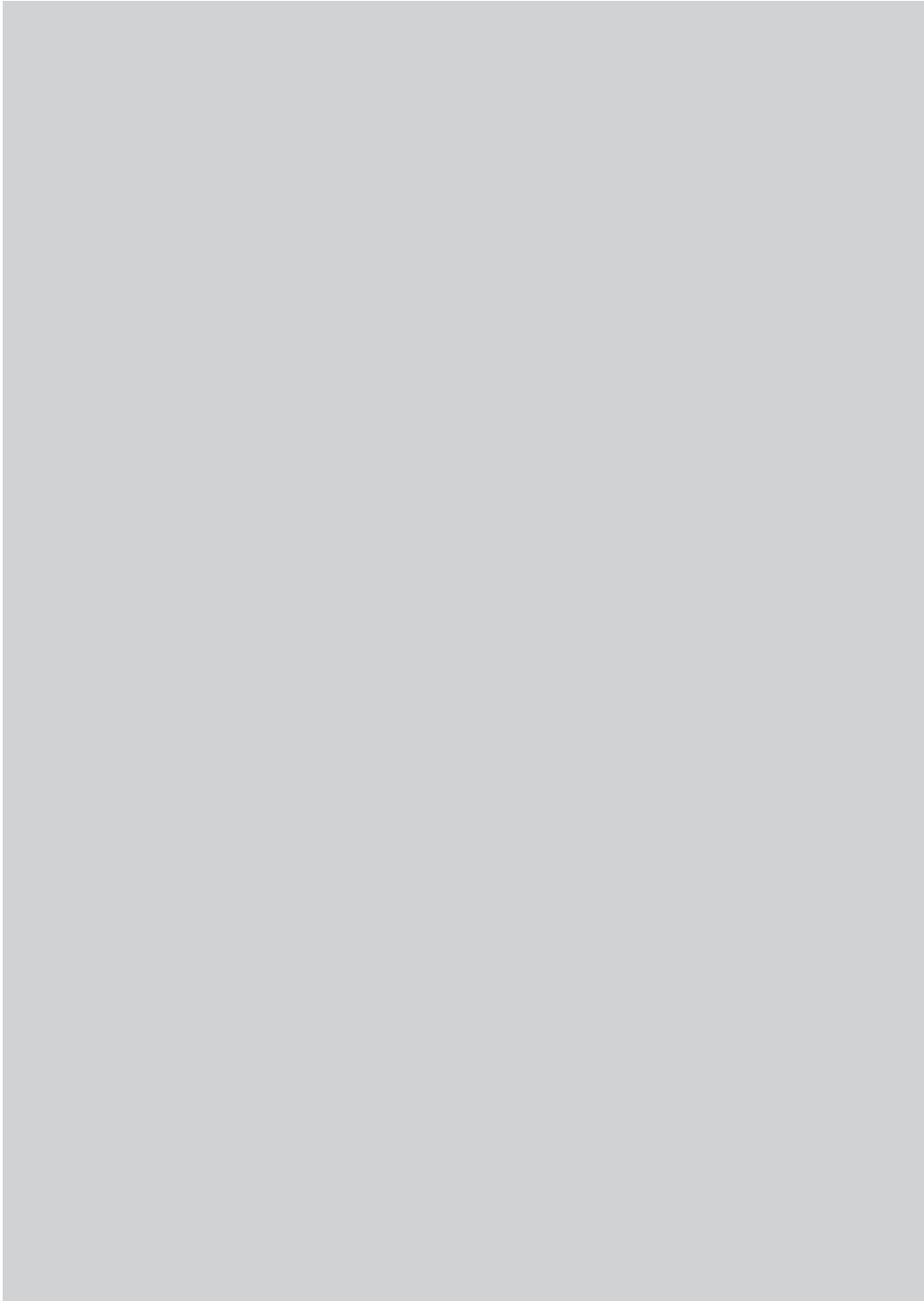
Swantje Lingenberg

(* 1978) ist Postdoc am Zentrum für Medien-, Kommunikations- und Informationsforschung der Universität Bremen sowie Wissenschaftliche Mitarbeiterin am dortigen Sonderforschungsbereich »Staatlichkeit im Wandel«.

s.lingenberg@uni-bremen.de



In den Medien wird Europa seit einigen Jahren häufig mit den Worten »Eurokrise« oder »Schuldenkrise« verknüpft. In der Tat befindet sich die Europäische Union gegenwärtig in einer nie gekannten Problemlage: Wirtschaftsunternehmen, Banken und sogar ganzen EU-Staaten droht der Bankrott. Die Arbeitslosenzahlen liegen



in vielen Ländern auf einem historischen Höchststand, so ist heute etwa jeder vierte Europäer unter 25 Jahren arbeitslos. Angesichts einer solch ökonomisch und politisch bedenklichen Lage stellt sich die Frage, wie es um die europäische Demokratie und um eine europäische Öffentlichkeit bestellt ist. Droht der politischen Union Europas der Untergang? Ist sie überhaupt noch demokratisch legitimiert und gewollt von ihren Bürgern? Kommt es gar zu einer Rückbesinnung auf das Nationale?

Europäische Ambivalenz

Tatsache ist, dass die Beteiligung an Europawahlen seit 1979 kontinuierlich gesunken ist. Darüber hinaus erreichte das Vertrauen der Unionsbürger in die EU laut einer Eurobarometer-Umfrage von Juli 2012 den tiefsten Stand seit Beginn der Umfragen 1978: Gerade einmal 31 % der Befragten gaben an, Vertrauen in die EU-Institutionen zu haben. Bemerkenswerter Weise gaben jedoch in derselben Umfrage rund 84 % der Befragten an, den einzigen Weg aus der Krise heraus in einer verstärkten Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten zu sehen. Die sich angesichts solcher Befunde abzeichnende Ambivalenz der Einstellungen gegenüber Europa scheint symptomatisch für den gegenwärtigen Zustand der EU zu sein: Einerseits stellen die Bürger die EU als politische Idee und Institution überwiegend nicht in Frage und wünschen sich sogar eine weitergehende Integration. Andererseits bringen sie der EU und ihrer Politik immer weniger Vertrauen und Unterstützung entgegen, weil sie sich in ihren sozialen Interessen und Bedürfnissen übergangen fühlen.

Bei der großen EU-Osterweiterung um zehn neue Mitgliedsstaaten 2004 hätten beispielsweise viele Menschen gern mitentschieden oder wären gern besser darauf vorbereitet und im Vorfeld informiert worden. Kaum verwunderlich waren da die

negativen Abstimmungsergebnisse in den Referenden zur EU-Verfassung in den Niederlanden, Frankreich und Irland zwischen 2005 und 2008. Viele Bürger nutzten diese Möglichkeit der direkten Mitbestimmung als Ventil für ihren Zorn über die bürgerferne EU-Politik und ihr mangelndes Mitspracherecht bei »großen« EU-politischen Entscheidungen.

In Anbetracht der wachsenden Wut der Bürger bei gleichzeitig sinkender Wahlbeteiligung und abnehmendem Vertrauen gegenüber der EU ist häufig von einem europäischen Demokratie- und Legitimationsdefizit die Rede, das von einem Mangel an europäischer Öffentlichkeit begleitet wird. Fest steht, dass Öffentlichkeit zur Grundausstattung einer jeden Demokratie gehört, fungiert sie doch als legitimatorischer Resonanzboden für die politischen Entscheidungsträger. Im wissenschaftlichen Diskurs herrscht allerdings Uneinigkeit darüber, wie eine europäische Öffentlichkeit überhaupt aussehen kann. Denn Europa ist nicht einfach eine »große« Nation, sondern ein neuartiges politisches Gebilde, das eine Reformulierung nationalstaatlich geprägter Begrifflichkeiten wie Öffentlichkeit oder Demokratie erfordert.

Öffentlichkeit in Massengesellschaften

Exemplarisch und womöglich richtungsweisend für die aktuelle wissenschaftliche Debatte um die Existenz und Ausgestaltung einer europäischen Öffentlichkeit wie auch für die Frage, wie die europäische Demokratie und Öffentlichkeit in Zeiten der Finanzkrise gerettet werden könnte, soll hier auf den Streit zweier US-amerikanischer Intellektueller Anfang des 20. Jahrhunderts verwiesen werden. Vor fast 100 Jahren diskutierten der Philosoph und Pragmatiker John Dewey (1859-1952) und der Journalist Walter Lippmann (1889-1974) über die Bedingungen von Öffent-

lichkeit in heterogenen Massengesellschaften – genauer gesagt der US-amerikanischen Gesellschaft. Zu jener Zeit waren die USA von tiefgreifenden gesellschaftlichen und ökonomischen Wandlungsprozessen sowie von einer politischen Legitimationskrise gekennzeichnet – also ganz ähnlich der heutigen Situation in der EU. Angesichts zunehmender Industrialisierung, Urbanisierung und Ausdifferenzierung von Lebensstilen und -standards sowie angesichts einer entlang vielzähliger Interessen, Sprachen und Kulturen fragmentierten und zudem in einem geografisch äußerst weitläufigen Land lebenden Bevölkerung stellte sich die Frage, wie die Demokratie in die industrielle Epoche zu retten und eine demokratische Integration und politische Beteiligung der Bürger zu gewährleisten sei.

Expertokratie oder Bürgerbewegung

Dewey und Lippmann fanden hierauf konträre Antworten. Während Lippmann befürchtete, dass die Bürger mit einer qualifizierten und kontinuierlichen Beteiligung am politischen Prozess und öffentlichen Diskurs überfordert seien und in der Folge die Effektivität des politischen Entscheidungshandelns und damit die Demokratie gefährdeten, vertrat Dewey die gegenteilige Position und argumentierte, dass die Bürger und ihre Bedürfnisse unbedingt und kontinuierlich einbezogen und erhört werden müssten. Denn nur so könne gewährleistet werden, dass die politische Maschinerie nicht »veralte«, sondern den aktuellen gesellschaftlichen Problemen, die nur die Bürger selbst artikulieren könnten, gerecht würde.

Während Lippmann also für eine demokratische Elitenherrschaft und eine Beschränkung des Bürgerengagements auf den Wahlakt plädierte und dabei die politische Öffentlichkeit zum Phantom erklär-

te, sprach sich Dewey entschieden gegen das Konzept einer »Expertokratie« aus. Zwar sei Expertenwissen notwendig, um angemessene Instrumente zur Behandlung gesellschaftlicher Probleme auszuwählen, aber zur Diagnose ebendieser Probleme sei das Wissen von Experten unzureichend. Hierfür müssten die Bürger selbst zu Wort kommen – und zwar nicht nur im Wahlakt, sondern auch darüber hinaus in einem kontinuierlichen Prozess bzw. öffentlichen Diskurs. Für Dewey stellte sich die Herausforderung der Moderne primär als Kommunikationsproblem dar, und das Problem der Öffentlichkeit sah er folgerichtig in der notwendigen Verbesserung der Bedingungen des Diskutierens, Debattierens und Überzeugens.

Öffentlichkeit entsteht nach Dewey im Gefolge eines Problemzusammenhangs. Sie stellt einen Kommunikationsraum dar, in dem die von politischen Entscheidungen oder wahrgenommenen kollektiven Problemen Betroffenen ihre Betroffenheiten artikulieren und politisch adressieren. Den politischen Prozess versteht er dabei als kollektives und experimentelles Problemlösungshandeln im Rahmen öffentlicher Kommunikation. In diesem Sinne sei es nicht die Überforderung der Bürger, sondern die Antiquiertheit der politischen Institutionen und Prozesse, die die Ursache für demokratische Legitimationsprobleme darstelle. Nach Dewey nimmt demokratisches Experimentieren seinen Anfang stets im Auftauchen eines als lösungsbedürftig wahrgenommenen Problems und endet in kollektiv generiertem Wissen darüber, wie diesem Problem abgeholfen werden kann.

Mit Blick auf die gegenwärtige Situation in Europa lassen sich aus der historischen Debatte zwischen Dewey und Lippmann meines Erachtens zwei Erkenntnisse ableiten: Erstens scheint das in Brüssel bis dato praktizierte Regieren der Experten und Technokraten auf Output orientierter Legitimationsbasis – wie es dem Lipp-

mann'schen Lösungsvorschlag entspricht – nicht länger haltbar zu sein. Denn die Menschen als Bewohner und Legitimationsinstanz der EU fordern inzwischen immer lauter eine Berücksichtigung ihrer Interessen. Es zeichnet sich in der aktuellen Lage der EU also eine Überholung der Lippmann'schen Vorstellung von Demokratie ab, sodass Deweys Plädoyer als Herausforderung und Handlungsauftrag für die EU-politischen Entscheidungsträger gelesen werden kann.

Zweitens lässt sich die gegenwärtige Krise, die von der Mehrheit der Unionsbürger als kollektives Problem mit wechselseitiger Interdependenz wahrgenommen wird, als große Chance für die Zukunft und Sicherung europäischer Demokratie und Öffentlichkeit begreifen. Denn was wir gegenwärtig auf den Straßen Europas in Form von Protesten, aber auch in virtuellen Räumen in Form von Diskussionen über Eurothemen und -problemen in Weblogs, Onlineforen oder bei Twitter beobachten können, ist nichts anderes als eine europäische Öffentlichkeit. Sie ist zwar kritisch und fordernd, aber weil sie für die Mehrheit der Bürger (noch) zusammengeht mit einer grundsätzlichen Befürwortung der EU und ihrer übergeordneten Ziele, ist es die Pflicht und Aufgabe der EU-Politiker, sich dieser Öffentlichkeit zu stellen und auf ihre Wünsche einzugehen.

Stärkere Dialogorientierung

Dazu gehört freilich Mut, denn die Angst des Scheiterns oder des Widerstands aufseiten der Bürger müssen die EU-Politiker zunächst einmal aushalten können. Um mehr Vertrauen in ihr Entscheidungshandeln und in die Europäische Union insgesamt zu gewinnen, könnte es ratsam sein, eine stärkere Dialogorientierung der EU-Informationspolitik tatsächlich und endlich umzusetzen, statt einfach immer mehr Broschüren zu produzieren, die niemand

liest. So könnten beispielsweise mehr Kooperationsprojekte mit Schulen, im Rahmen des Politikunterrichts, eingegangen, oder Informationsveranstaltungen in den Kommunen angeboten werden, um mehr Raum für öffentliche Diskussionen zu schaffen.

Überaus innovativ erscheint in diesem Zusammenhang auch die unlängst von Ulrich Beck und Daniel Cohn-Bendit veröffentlichte Schrift *Wir sind Europa. Manifest zur Neubegründung Europas von unten*. Dieses Manifest sieht ein Erasmusprogramm für alle vor, also nicht nur für Studierende, sondern auch für Rentner, Schüler und sozial Benachteiligte. Finanziert mit EU-Mitteln soll so jeder die Möglichkeit erhalten, in einem anderen Unionsland ein Freiwilliges Europäisches Jahr zu absolvieren, sich dabei gesellschaftlich und demokratisch zu engagieren und sich so Europa als Erfahrungs- und Handlungsraum anzueignen. Die gegenwärtige Krise muss nach Beck und Cohn-Bendit dabei als Chance für ein stärkeres und demokratisches Europa genutzt werden.

Insgesamt scheint die europäische Finanz- und Schuldenkrise also nicht nur ein ökonomisches Problem darzustellen, sondern auch ein politisches. Beide Probleme gilt es gleichermaßen zu bearbeiten. John Deweys Plädoyer für eine stärkere Berücksichtigung von Bürgerinteressen durch die politischen Machthaber ist dabei zumindest für die Bearbeitung des politischen Problems richtungsweisend. Die gegenwärtige EU-Krise kann als eine Art Scheidelinie betrachtet werden, an der die Europäische Union zerbrechen, aus der sie aber auch, so die Menschen endlich an ihrer Gestaltung besser beteiligt werden, gestärkt hervorgehen kann. Eine europäische Öffentlichkeit jedenfalls, in der sich die von aktuellen Problemen Betroffenen Gehör zu verschaffen suchen, existiert derzeit allemal. ■